

# Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Ruttig und Heinz Werner Wessler

## Neue US-Strategie für Afghanistan

Bevor Präsident Barack Obama seine seit Monaten vorbereitete Strategie am 27. März öffentlich vorstellte, informierte er vorab die NATO- und EU-Verbündeten sowie telefonisch Präsident Hamed Karzai darüber. Sie soll spezifische Ziele für die nächsten drei bis fünf Jahre enthalten. Neben einer Aufstockung der Truppenstärke soll es einen zivilen *surge* geben. Etwa 300 zusätzliche US-Entwicklungshelfer und -Diplomaten sollen nach Afghanistan entsandt werden, die u.a. die 12 amerikanischen *Provincial Reconstruction Teams* (PRT) verstärken sollen. 17 000 neue US-Soldaten waren bereits Anfang des Jahres nach Afghanistan verlegt worden und brachten deren Gesamtzahl auf 55 000. Sie sollen in strategisch wichtigen Regionen südlich von Kabul und in der Drogenhochburg Helmand die Aufständischen zurückdrängen sowie die Ringstrasse Kabul-Kandahar-Herat sichern. Angekündigt wurde, dass neuartige, luftgestützte Militärtechnik die gefährdeten Sprengfallen an Straßenrändern ausschalten soll. In Süd-Afghanistan ersetzen die US-Soldaten de facto die britischen, kanadischen und niederländischen Einheiten; die beiden letzteren Länder ziehen ihre Truppen größtenteils 2010/11 ab. 4000 weitere Soldaten – dabei dürfte es sich um *Special Forces* handeln – sollen so genannte lokale bewaffnete Kräfte ausbilden, die in Afghanistan umstritten sind, weil sie die Bürgerkriegsmilizen wieder aufleben lassen. Auch die afghanische Armee und Polizei sollen deutlich verstärkt werden. Die neue Strategie solle vor allem dazu beitragen, dass Afghanistan nicht wieder zum Stützpunkt international agierender Terroristen wird und sich im Gegensatz dazu weniger auf Demokratisierung orientiert. Mit der Entsendung des erfahrenen Diplomaten Peter Galbraith als UNAMA-Vizechef sichert sich Washington auch stärkeren Einfluss auf die UN-Mission in Kabul. Ein weiteres Element der neuen Strategie ist eine engere Verzahnung der US-Politik gegenüber Pakistan und Afghanistan, symbolisiert vom bereits vorher ernannten Sonderbeauftragten für beide Länder, Richard Holbrooke. Unklar ist, ob auch eine Ausweitung verdeckter Operationen und von Luftschlägen in Pakistan vorgesehen ist, was von der Regierung Zardari abgelehnt wird. Mit der neuen Strategie könnte auch zusätzliche Militär- und Finanzhilfe an Islamabad verbunden sein, allerdings unter schärferen Auflagen, u.a. was ein Vorgehen gegen die Taliban betrifft, die ihre wichtigsten Basen auf pakistanischem Gebiet ha-

ben. Gegen die Taliban in Afghanistan soll eine Doppelstrategie gefahren werden: ihre militärische Schwächung sowie politische Spaltung werden angestrebt, um sie zu Verhandlungen zu zwingen. Signifikante Teile von ihnen sollen – eventuell über eine Partei – in den politischen Prozess einbezogen werden. Allerdings gibt es bisher keinen sichtbaren und politisch wirksamen moderaten Flügel der Taliban, wenn auch Meinungsunterschiede in deren Reihen existieren, u.a. über den Einsatz terroristischer Mittel und die damit verbundenen zivilen Opfer. Obama hatte bereits Anfang März in einem Interview gesagt, auch im Irak habe man mit kooperationswilligen „Fundamentalisten“ zusammengearbeitet. Unterdessen forderte der Oberste Rat der Islamgelehrten am 19. März Präsident Karzai in einer Resolution auf, die von Saudi-Arabien eröffneten Gespräche mit den Taliban weiter zu verfolgen. Daran sollten auch frühere Jihadi-Führer, weitere prominente Afghanen sowie Vertreter von Nachbarländern beteiligt werden. Der saudische König Abdullah hatte Ende September Vertreter aller afghanischen Konfliktparteien zum Fastenbrechen in die heilige Stadt Mekka eingeladen. Um die Sicherheit im Land wieder herzustellen, setzen sich die Geistlichen für eine von allen Seiten besuchte Loya Jirga ein. Die Taliban werden aufgerufen, die Wiedereröffnung geschlossener Madrasas und Schulen zuzulassen.

## „Chief executive“ für Afghanistan?

Der Londoner *Guardian* berichtete vorab von Überlegungen, in Afghanistan einen sogenannten „chief executive“, einen Quasi-Premierminister, einzuführen. Dieser solle für mehr Effizienz und weniger Korruption in der Regierung sorgen. Die afghanische Verfassung sieht ein solches Amt allerdings nicht vor. Richard Holbrooke, Washingtons neuer Afghanistan/Pakistan-Sonderbeauftragter, dementierte den Bericht jedoch. Die Nationale Front, die Allianz der früheren Mudschahedin und wichtigste Oppositionskraft, setzt sich bereits seit Jahren für ein parlamentarisches System ein. Eine Verfassungsänderung kann nur durch eine Loya Jirga, eine traditionell in Krisenzeiten einberufene Ratsversammlung, herbeigeführt werden.

## US-Truppen vereinheitlichen Kommando

Die *US-Special Forces* sind offenbar der „taktischen Kontrolle“ des US-Oberbefehlshabers in Afgha-

nistan, General David McKiernan, unterstellt worden. McKiernan ist in Personalunion auch Kommandeur der multinationalen Stabilisierungstruppe ISAF. Ein entsprechender Befehl sei am 17. März durch CENTCOM-Chef General David Petraeus ergangen. Bisher waren diese Einheiten direkt aus den USA geführt worden, um Taliban- und al-Qaida-Kräfte in Afghanistan zu bekämpfen. Das entzog sie der Kontrolle und Koordination mit ISAF. Im Ergebnis konterkarierten sie in vielen Fällen deren Operationen. Die *Special Forces* sind auch für einen Grossteil der zivilen Opfer durch westliche Militäroperationen verantwortlich, die zu Protesten sowohl der Kabuler Regierung als auch wiederholt zu Demonstrationen Betroffener geführt hatten. Auch im afghanischen Parlament nahmen deshalb Forderungen nach einem generellen Truppenabzug zu. Laut einem UN-Bericht fielen 828 der 2118 im Jahr 2008 in Afghanistan getöteten Zivilisten westlichen oder afghanischen Einheiten zum Opfer; das war ein Anstieg um 39 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ein früherer ISAF-Befehl von Mitte Oktober zur Einschränkung von Luftangriffen, durch den die Zahl getöteter Zivilisten deutlich gesenkt werden sollte, hatte sich nicht auf die Sondereinsatztruppen bezogen.

## Wehrpflicht vor Wiedereinführung

Das afghanische Parlament hat Ende März Diskussionen über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht begonnen. Der Vorstoß wird von Innenminister Hanif Atmar unterstützt. Die Verfassung sieht bereits eine allgemeine Wehrpflicht vor. Sie war aber unter dem Einfluss der USA nicht umgesetzt worden, die die Bildung einer Berufsarmee durchsetzten. Bis Anfang der 1990er Jahre wurden die Wehrpflichtigen auf die Armee und die Polizei aufgeteilt. Auch diese Praxis war unter internationalem Einfluss beendet worden, besaß aber weiterhin die Unterstützung breiter Kreise der Bevölkerung. Die Polizei bildet derzeit die erste Verteidigungslinie gegen die bewaffneten Aufständischen und hat hohe Verluste zu verzeichnen, die in etwa die Neurekrutierungen aufwiegen.

## Kabul und Washington: Pakistan unterstützt weiter Taliban

Taliban-Kommandos, die in einer Kopie des terroristischen Angriffs in Mumbai im Februar mehrere Behörden in Kabul gestürmt und 26 Menschen getötet hatten, sind von einem Pakistani in Waziristan ausgebildet worden. Dies teilte der afghanische Geheimdienst am 19. März mit. Als Beweis wurden u.a. Zeu-

genaussagen sowie Telefonkontakte von Beteiligten mit einem Geheimdienstmitarbeiter in Peshawar angeführt. "Ich möchte spezifisch sagen, dass der Geheimdienst unseres Nachbarlandes involviert ist und hinter diesen Angriffen und deren Organisation steht", so ein Sprecher in Kabul. Pakistan und die Taliban wiesen die Anschuldigungen zurück. Am 26. März veröffentlichte die *New York Times* einen Bericht, in dem unter Bezug auf US-Regierungsbeamte von anhaltender Unterstützung des pakistanischen Geheimdienstes für Taliban und anderen bewaffnete Aufständische in Afghanistan die Rede ist - obwohl die Regierung in Islamabad erklärt hat, dies sei beendet worden. Der ISI stelle „Geld, militärischen Nachschub und strategische Planungsanleitung für Taliban-Kommandeure“ bereit und helfe bei der Mobilisierung von Rekruten in Madrassas. Dies werde von Agenten im sogenannten S-Flügel des ISI koordiniert. ISI-Agenten würden regelmäßig Taliban-Kommandeure treffen und vor geplanten US-Angriffen warnen.

## Kritik an hoher Zahl ziviler Opfer bei NATO-Einsätzen

Bei einem NATO-Luftangriff am 10. April wurden nach Polizeiangaben sechs Zivilisten getötet, darunter ein dreijähriges Mädchen und ein zehnjähriger Junge. Ein Sprecher der ISAF erklärte, bei dem „Vorfall“ seien vier bis sechs Extremisten ins Visier genommen worden. Ein Kommandeur werde sich bei den Bewohnern des betroffenen Dorfes in der Provinz Kunar an der pakistanischen Grenze nach dem Hergang erkundigen. In der Vergangenheit hatte es mehrere Fälle gegeben, in denen Truppen der USA und anderer westlicher Staaten zunächst Berichte über zivile Opfer bei Angriffen dementierten, um sie später als wahr anzuerkennen und sich zu entschuldigen. Afghanistans Präsident Hamid Karsai erhob wegen des Zwischenfalls erneut schwere Vorwürfe gegen die US-Armee. Nach UN-Angaben starben im vergangenen Jahr mehr als 2100 Zivilisten bei Kämpfen in Afghanistan, 40 Prozent davon durch Schüsse afghanischer oder internationaler Soldaten

## Abgeordnete Opfer von Gewalt

Bei einem Bombenanschlag in der Südprovinz Helmand starben am 19. März der örtliche Parlamentarier Dad Muhammad Khan und vier Begleiter. Die Taliban übernahmen die Verantwortung für den Anschlag. Laut *New York Times* war Dad Muhammad, zwischen 2001 und 2005 Geheimdienstchef in der Provinz, dafür bekannt, dass er in dieser Zeit an Misshandlungen

von Gefangenen beteiligt war. Nach lokalen Angaben war er auch in den Drogenhandel involviert. Dad Muhammad ist bereits der zehnte Abgeordnete, der seit der Wahl des afghanischen Parlaments 2005 gewaltsam ums Leben kam. Drei Tage vorher war die Abgeordnete Dr. Shakela Hashemi aus der Provinz Logar südlich von Kabul durch Kugeln verletzt worden, als sie sich Einwohnern des Distrikts Barak-e Barak anschloss, die gegen Hausdurchsuchungen durch US-Truppen protestierten. Amerikanische Soldaten gaben Schüsse ab, als sie die Protestierenden zerstreuen und die Blockade einer wichtigen Überlandstrasse beenden wollten. Die Demonstranten führten Waffen und weiße Taliban-Flaggen mit sich und riefen antiamerikanische Parolen. Zuvor war es der afghanischen Polizei nicht gelungen, den Protestzug zu stoppen. – Im südafghanischen Kandahar bekannten sich die radikalislamischen Taliban zum Mord an der Kommunalpolitikerin und Frauenrechtlerin Sitara Atschikisai, die jahrelang in Deutschland gelebt hatte.

### Mehr Opfer durch Armut als durch Gewalt

Der Preis für den Standardwarenkorb in Afghanistan ist seit Oktober 2008 um 73 Prozent gestiegen. Das berichtete die *Los Angeles Times* Mitte März unter Berufung auf die Hilfsorganisation *Mercy Corps*. Die Organisation berichtete über Brotmangel bei den ärmsten Familien, die Mahlzeiten auslassen und teilweise ihre Kinder aus der Schule nehmen müssten, um sie als zusätzliche Arbeitskräfte einzusetzen. In einem Fall verheiratete eine Familie ein junges Mädchen für den Brautpreis von umgerechnet 160 US-Dollar. Nach UN-Angaben muss eine Durchschnittsfamilie 77 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden; 2005 waren es noch 56 Prozent. Dürrebedingt fiel die afghanische Weizenproduktion um 85 Prozent. 35 Prozent der Bevölkerung können ihre Mindestnährungsbedürfnisse nicht stillen, 2005 waren es fünf Prozent weniger. 40 000 Afghanen sterben jährlich an Hunger und Armut, 25 mal mehr als durch Gewalt.

## Keiner will die Nummer Zwei sein

Afghanistans bevorstehenden Wahlen wird es erheblich an Glaubwürdigkeit mangeln

Thomas Ruttig

**Bei den Vereinten Nationen hört man oft den Satz: Die zweiten Wahlen sind immer die schwierigsten in Ländern im Übergang vom Konflikt zu Stabilität. Afghanistan bestätigt diese Erkenntnis eindrucklich. Am 20. August wird dort zum zweiten Mal in der Geschichte nach 2004 ein Staatsoberhaupt gewählt. Aber es gibt erhebliche Bedenken, dass die Situation im Lande auch nur annähernd akzeptable Wahlen zulassen und dass die schwachen politischen Institutionen nicht in der Lage sind, ein legitimes Ergebnis zu produzieren.**

Die Sicherheitslage ist prekär, da die Taliban und andere Aufständische faktisch landesweit operieren. Ihr Chef, Mullah Muhammad Omar, warnte die Bevölkerung bereits Ende vergangenen Jahres, nicht an den „betrügerischen Wahlen“ teilzunehmen, da „die Auswahl in Washington getroffen“ werde. Dies dürfte viele Wähler davon abhalten, den gefährlichen Gang ins näch-

ste Wahllokal zu wagen. Die mangelnde Sicherheit wird aber auch dazu führen, dass sich kaum ausländische Wahlbeobachter ins Land wagen werden. Ohne internationale Präsenz aber werden es afghanische Beobachter schwer haben. Sie werden unter erheblichem Druck der Taleban sowie bewaffneter örtlicher Machthaber stehen, Manipulationen und Fälschungen zu übersehen.

Zudem gibt es erhebliche „technische Probleme“. Dahinter verbergen sich aber teilweise politische Erwägungen. Im Gegensatz zum Wahlzyklus 2004/2005 – zunächst wurde damals der Präsident, dann das Parlament und die Provinzräte gewählt; die Distriktratswahlen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben und sollen nun 2010 nachgeholt werden – hat die Afghanistan-Mission der